

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 12.11.2013

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,
Herr 1. Bürgermeister Dr. Vonderheid,
Herr Bürgermeister Brenner,
sehr geehrte Leonberger Bürgerinnen und Bürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Legislaturperiode dieses Gemeinderates geht im nächsten halben Jahr zu Ende, der letzte Haushalt, den wir hier also beschließen dürfen, steht angesichts unserer Einnahmensituation unter recht entspannten Vorzeichen. Dies war beileibe nicht immer so, insbesondere 2009 und 2010 mussten wir bei den laufenden Ausgaben nach jedem Cent an Einsparungsmöglichkeiten schauen. Diese Situation sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Ich werde während dieser kommunalpolitischen Erklärung der SPD Fraktion noch mehrfach auf diese Thematik zurückkommen.

Im Jahr 2013 haben wir den Bau von nicht weniger als 4 Kindertagesstätten und die grundlegende Renovierung von Sportzentrum bzw. Hallenbad auf den Weg gebracht. Diese beiden Themenbereiche begleiten uns auch nun in der Folge mit dem Neubau von 3 weiteren Kindertagesstätten, dem Bau von Mensen für den Ganztageseschulbetrieb und der Weiterführung der Renovierungsarbeiten im Sportzentrum mit dem Bau einer Saunaanlage. Unstrittiges Highlight ist dann tatsächlich der Neubau eines Rathauses – oder vielleicht auch von 2 Rathäusern?

So schön es ist, als Stadtrat auch Gestaltungsmöglichkeiten für die Zukunft zu haben, so erschreckend ist es für uns, bis 2016 bei der **Verschuldung** sehr nahe an die 100 Millionen Marke zu kommen. Sicherlich ist dies angesichts des aktuellen Zinsniveaus – das wir ja in großen Teilen bei den Kommunaldarlehen auch für die nächsten Jahre festgeschrieben haben – aktuell wenig problematisch, aber bereits das Ansteigen des Zinsniveaus um nur 1 % Punkt bedeutet annähernd 1 Mio. € pro Jahr erhöhten **Schuldendienst**. Insoweit profitiert der städtische Haushalt erheblich von der Wirtschaftskrise und der verheerenden Geldpolitik der Zentralbanken. Es lässt sich relativ leicht ausrechnen, was ein steigendes Zinsniveau für **unsere laufende Einnahmen- /Ausgabensituation** bedeuten wird.

Wir freuen uns natürlich über die Einnahmensituation: die Gewerbesteuer wird wieder deutlich über 20 Mio. € liegen, laut Prognose der Verwaltung mit steigender Tendenz. Leider ist diese Einnahmequelle nicht nachhaltig. Schon eher gilt dies für den Anteil an der Einkommensteuer, der mittlerweile auf 27 Mio. € klettern soll - hier mit konstant steigender Tendenz. Dies zeigt, dass Leonberg auf dem richtigen Wege ist, mit **Investitionen in Kindertagesstätten, Schulen, Hallenbad mit Sauna** usw.

Zur Lebensqualität würde eben auch noch insbesondere ein **Kino** gehören. Natürlich ist dessen Bau keine kommunale Aufgabe – der Bau einer Sauna übrigens auch nicht -. Aber wir bitten die Verwaltung weiter, „alle Hebel in Bewegung zu setzen“, damit Leonberg wieder Kinostandort wird.

Zukunftsproblem unseres Haushaltes wird – das habe ich ja bereits angedeutet – das Gleichgewicht aus laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben sein. Insbesondere aus diesem Grunde hat der Gemeinderat eine **Organisationsuntersuchung unserer Stadtverwaltung** beschlossen. Aus Sicht der SPD Fraktion soll dies gerade kein Personalabbauprogramm sein, sondern es geht um die Optimierung der Strukturen. Umso unverständlicher ist für uns die ausgesprochen passive Haltung der Verwaltungsspitze zu dieser Maßnahme.

Wir erwarten – und das haben wir bereits mehrfach artikuliert – dass dies nicht weiterhin als Alibiveranstaltung gesehen wird, sondern dass die Verwaltungsspitze inhaltlich aktiv die Vorschläge aufgreift, die sie für sinnvoll und umsetzbar hält. Die Einstellung von Haushaltsmitteln für das längst überfällige Dokumentenmanagementsystem (DMS) ist ein Beispiel dafür.

Ein Weiteres ist die Entwicklung einer **Personal- und Aufgabenstrategie für den Baubetriebshof**. Ein Thema das uns seit Jahren bereits begleitet, bei dem Handlungsbedarf offensichtlich vorhanden ist und wo dennoch nichts geschieht. Außer einem dem Zufall überlassenen Personlabbau, der in der Konsequenz aber dazu führt, dass die Personalkosten zwar sinken, in mindestens gleicher Höhe die Sachkosten aber steigen (Beispiel Streudienst). Hier liefert die Organisationsuntersuchung gute Ansätze, die aus unserer Sicht bis hin zur Prüfung von Kooperationen mit Nachbargemeinden führen können.

- **Wir beantragen, dass uns die Verwaltung ein Konzept im I. Quartal 2014 vorlegt, wie der Baubetriebshof strategisch, inhaltlich, organisatorisch und personell, aufgestellt wird und wo die Aufgabenschwerpunkte liegen sollen.**

Wir haben mit Hallenbad und Sportzentrum, sowie vor einigen Monaten mit dem sogenannten neuen Rathaus erlebt, was es bedeutet, für bedeutende Einrichtungen keinen Plan zu haben. Umso mehr nervt es uns, dass wir bereits seit 2011 für unser **Leo Bad** ein Konzept fordern, um dieses zukunftsfähig und konkurrenztauglich aufzustellen. Mit – aus unserer Sicht – erheblicher Ignoranz wurde eine Vielzahl unserer Vorschläge bisher negiert. Gleichzeitig stellen wir fest, dass der Gebäudeunterhalt – explizit auch wegen des Leo Bads – mindestens seit 2012 kontinuierlich ansteigt. Die seit Jahren fehlende Abdeckung des Schwimmerbeckens hat uns beispielsweise in den beiden langen Freibadsaisons Tausende von Euro gekostet, die einfach in der Luft verdampft sind. Ökonomisch und ökologisch ist das ein Desaster. Weiterhin ist in der Finanzplanung für uns kein zukunftsweisender Ansatz für das Leo Bad erkennbar.

- **Wir beantragen daher zum wiederholten Male, dass uns spätestens im II. Quartal des Jahres 2014 ein Leo Bad Konzept zur Beschlussfassung vorgelegt wird.**

Und wir haben ja noch ein zweites Freibad – das sogenannte **Bädle in Höfingen**. Um es sehr deutlich zu sagen: vor dem bürgerlichen Engagement in Höfingen ziehen wir den Hut. Was da geleistet wird und wurde, das war nicht ohne Weiteres zu erwarten. Neben den Höfingern Bürgern, profitieren davon in erheblichem Umfang insbesondere junge Familien aus Gerlingen und Ditzingen. Wir bedauern sehr, dass beide Städte nicht einmal bereit sind, einen symbolischen Zuschuss dafür zu leisten. Das Kirchtumdenken ist – wenn es ums Geld geht – nach wie vor sehr verbreitet.

Noch weniger allerdings verstehen wir, dass eine Erbschaft von über 600 T€, die die Stadt Leonberg zwischenzeitlich angenommen hat, hierfür nicht eingesetzt werden soll, obwohl das Erbe mit den Auflagen versehen wurde, das Vermögen „ausschließlich im Stadtteil Höfingen, für in Höfingen wohnende Einwohner, in Höfingen bestehende oder zuschaffende Einrichtungen einzusetzen“. Und wo besser könnte dieser Betrag gebraucht werden, angesichts der Megainvestition, die der Bädlesverein nun zu tätigen hat. Stattdessen soll das Geld in einer Stiftung – damit quasi „für alle Ewigkeiten“ - eingefroren werden.

Wir appellieren an den Ortschaftsrat Höfingen, „wenigstens“ die im Haushalt eingestellten 200 T€ „plus x“ für das Bädle einzusetzen und damit auch seiner Verantwortung für die gesamtstädtische Finanzsituation gerecht zu werden.

- **Daher bitten wir die Verwaltung dem Ortschaftsrat Höfingen eine Beschlussempfehlung vorzulegen, wesentliche Teile dieser Erbschaft dem Verein Bädle e. V. zukommen zu lassen und bis dahin bei der Ausgabenposition im städtischen Haushalt einen Sperrvermerk anzubringen.**

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis: In der Kernstadt und den anderen Stadtteilen herrscht ausgesprochen wenig Verständnis dafür, dass das Geld in einer Stiftung stillgelegt wird, während es gleichzeitig sinnstiftend eingesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, auch zur Thematik **Gewerbegebiete** möchte ich gerne in Höfingen bleiben, denn in unserer Stadt gibt es hier weiterhin Flächen-Bedarf, nachdem – entgegen unserem erklärten politischen Willen – mit dem „Längenbühl“ ein Gebiet durchgedrückt wurde, das viel zu klein und in Teilen weiterhin nicht in städtischer Hand ist.

In Höfingen bleiben heißt für uns, die Weiterentwicklung des vorhandenen Gewerbegebietes **Pfad** voranzutreiben, aber auch - endlich – sich um die größte Industriebranche der Stadt zu kümmern, die nun seit Ende des letzten Jahrhunderts vor sich her gammelt: das „**Sümak Areal**“.

Wir verstehen schon, dass es leichter ist, nach neuen Gewerbegebieten zu rufen, als in zähe Verhandlungen mit einem schwer zugänglichen Grundstücksbesitzer zu treten. Wir sehen dies als eine der vordringlichen Aufgaben unseres neuen Wirtschaftsförderers an, der hier sicher aber die tatkräftige Unterstützung des Oberbürgermeisters benötigen wird.

- **Wir beantragen, dass uns die Verwaltung im I. Quartal 2014 ein Konzept vorlegt, wie das „Sümak Areal“ für Gewerbeansiedlungen genützt werden kann.**

Hierzu bitten wir darzustellen, was in den vergangenen Jahren seitens der Wirtschaftsförderung unternommen wurde, wie der Standpunkt des Eigentümers ist, welche Möglichkeiten wir dort zur Gewerbeentwicklung haben, welche Flächen zur Verfügung stehen und welche – auch juristische – Möglichkeiten bestehen, das Sümak Areal zu neuem Leben zu erwecken.

Mit Freude haben wir dagegen zur Kenntnis genommen, dass die notwendige Neuaufstellung unseres **Eigenbetriebes Stadtwerke** inhaltlich und finanztechnisch wohl gelungen scheint. Die Sanierung der Parkhäuser wird aufgegriffen und mit der Eingliederung des ÖPNV's zeigen sich neben finanziellen Entlastungen auch Optionen für die Zukunft, künftig mehr gestalten zu können.

Wir begrüßen den **Erwerb der Straßenbeleuchtung**, allerdings haben wir noch Fragen zur Berechnungsmethode. Wir unterstützen die schnelle Umstellung auf LED, da hier bis zu 80 % Stromkosteneinsparung möglich sind – was unserem Bestreben, laufende Ausgaben zu reduzieren, sehr entgegen kommt. Weiterhin sollten im Sinne der Energiewende zusätzliche Blockheizkraftwerke in städtischen

Einrichtungen eingebaut werden, wenn ein wirtschaftlicher Betrieb nachgewiesen werden kann.

Es ist vorgesehen, dass die Stadtwerke eine Investition der LeoEnergie in **On Shore Windparks** kreditiert. Hierbei beschäftigt uns die Frage, ob es sich dabei um einen Beitrag zur Energiewende handelt – anstelle möglicherweise nicht zu realisierender Einrichtungen vor Ort (Stichwort „Windräder“) - oder ob es sich um eine durch Kredit gehebelte Rendite- oder gar Risikoanlage handelt.

- **Wir beantragen daher dem Gemeinderat bzw. dem zuständigen Ausschuss Ertragsmöglichkeiten, aber auch die Risiken, einer solchen Anlage exakt darzustellen, damit dieser seine Kreditentscheidung fundiert abwägen kann.**

Der Sport spielt in einer Stadt wie Leonberg nicht nur mit seiner Vielfalt, sondern mit seinen zahlreichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine zentrale Rolle als Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Die **kommunale Sportpolitik** steht heute angesichts veränderter Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung, angesichts des demografischen Wandels und insbesondere der Veränderungen in den Bildungssystemen (Ganztageschule, Bewegungsförderung im Vorschulalter) vor großen Herausforderungen. Die Attraktivität einer Stadt hängt auch von den vorhandenen sportlichen Angeboten ab.

Unsere Sportvereine mit fast 17.000 Mitgliedern (nahezu 40 % unserer Einwohner) können die Herausforderungen einer perspektivischen und strategischen Arbeit im überfachlichen Bereich nicht leisten. Dort ist man froh, wenn man den Trainings- und Wettkampfbetrieb gerade noch so schultern kann. Wir müssen die vorhandenen finanziellen Mittel effizient einsetzen und wegkommen vom Jahrzehnte lang praktizierten Gießkannenprinzip (jeder Verein bekommt reihum seinen Sportplatz).

- **Wir beantragen daher einen Betrag von 25 TEUR in den Haushalt einzustellen, um eine strategische Sportentwicklungsplanung in Gang zu setzen.**

Es ist ein kurzer thematischer Weg zur Ganztageschule. Um die Verbindung noch einmal herzustellen: Unser Eindruck ist, die Stadt verlässt sich auf die ehrenamtlich betriebenen Vereine, die das sport- und kulturelle Vakuum während des Schultages schon irgendwie füllen werden. Dabei ist deren verlässliche Einbindung eine klare Bringschuld der Kommune. Dazu gehört eine Verzahnung mit der Schulentwicklungsplanung, dazu gehört aber auch eine „Betreuung der Betreuer“ aus den Vereinen. Schlussendlich sind dafür qualifizierte (!) Fachkräfte notwendig.

Natürlich muss auch der Bund, der die Ganztageschule vehement forciert und das Land einen deutlich höheren Beitrag leisten, als dies bisher der Fall ist. Hier bitten wir die Verwaltungsspitze weiterhin auf der politischen Schiene „Druck zu machen“.

Eine der wichtigsten – vielleicht sogar die bedeutendste – Einrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge ist das **Krankenhaus**. Unseres gehört dem Kreis Böblingen, die Entscheidungen darüber fallen im Kreistag. Die SPD Fraktion hat nicht den geringsten Zweifel am politischen Willen aller Kreisräte, den Standort Leonberg zu erhalten. Nur, das genügt nicht, denn die Realitäten und Erfahrungen gerade im Gesundheitswesen sind eben andere.

Umso mehr bedauern wir, dass eine von der SPD Fraktion angestoßene Resolution zum Leonberger Kreiskrankenhaus keine Mehrheit im Gemeinderat gefunden hat. Denn allein der Glaube daran, das Krankenhaus könnte kostendeckend betrieben werden – und das war die Prämisse im Kreistag angesichts der Gründung des Klinikverbundes – zeigt, wie realitätsfremd die Angelegenheit angegangen wurde. Von den geschaffenen völlig intransparenten rein politisch motivierten Gesellschaftsstrukturen des Klinikverbundes ganz zu schweigen.

Um es kurz zu machen, der Klinikverbund benötigt einen ganzheitlichen Ansatz, aber auch eine explizite Strategie für den Standort Leonberg mit seinen Besonderheiten (Einzugsgebiet Altkreis, räumliche Nähe zu Topkliniken in Stuttgart), bei dem der Kostendruck nicht weiterhin auf den Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgetragen wird. Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass das demnächst zu veröffentlichende Gutachten zum Krankenhauskonzept auf einer fundierten Basis hier im Leonberger Gemeinderat diskutiert wird und wir dann darüber entscheiden, ob und wie wir auf das Verfahren Einfluss nehmen können.

- **Wir beantragen daher, dass die Verwaltung den Inhalt des Gutachtens und dessen Auswirkungen für den Standort Leonberg aufarbeitet und dem Gemeinderat zur Diskussion vorlegt.**
- **Weiterhin bitten wir die Verwaltungsspitze, die von einem starken Krankenhausstandort Leonberg profitierenden Entscheidungsträger (beispielsweise in Rutesheim, Renningen, Ditzingen, Weissach) einzubinden, damit auch von dort der notwendige politische Druck für ein zukunftsfähiges Krankenhaus Leonberg ausgeht.**

Der Höhepunkt wahrscheinlich jeder kommunalpolitischen Erklärung am heutigen Abend ist das **Rathaus** bzw. sind die beiden Rathäuser. Wir haben es bereits vor einem Jahr befürchtet, es kam weit schlimmer als befürchtet. Aber jede Katastrophe birgt auch eine Hoffnung in sich. Der Bau eines neuen Rathauses ist eine „Jahrhundertchance“ für Leonberg. Jahrelang hat die Verwaltung gejammert, dass durch die vielen Standorte unnötige laufende Kosten entstehen. Nun sind wir in der Lage, mit dem Neubau weitgehend alle Bereiche zu integrieren und damit jährliche Kosten in erheblichem Umfang zu sparen (Beispiel: reduzierter Fuhrpark, Reduzierung der zentralen Dienste und der Boten, Logistikkvorteile etc.).

Und da komme ich auf meine einleitenden Worte zurück, unser Problem ist nach wie vor, Jahr für Jahr einen ausgeglichenen Haushalt (Einnahmen einerseits/Ausgaben andererseits) darzustellen. Die Konsequenz ist für uns klar: Bau eines neuen Rathauses, in dem weitgehend alle Ämter unterkommen, bei gleichzeitigem Erhalt des historischen Rathauses, mit einer geringfügigen Verwaltungsweiternutzung. Allerdings ohne alle Träumereien, wie frei gelegte Arkaden und einem Anbau im hinteren Bereich. Wir können das Rathaus für repräsentative Anlässe nützen ggf. für Trauungen (hier hätten wir aber auch das Stadtmuseum), ggf. auch für einen – vielleicht ehrenamtlich betriebenen – iPunkt.

Das Bürgeramt gehört jedenfalls ins Zentrum der Gesamtstadt. Für die Attraktivität des **Marktplatzes** ist das Bürgeramt nicht mal der berühmte „Tropfen auf dem heißen Stein“. Wir sind durchaus bereit für direkte, konkrete Maßnahmen zur Aufwertung des Marktplatzes Geld in die Hand zu nehmen.

Gerade für den Rathausbau passt ein Satz von Walther Rathenau hervorragend: „In der Politik soll man weniger versuchen neue Gelegenheiten zu schaffen, als die sich bietenden zu nutzen.“

Das müssen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der immensen finanziellen Wirkungen des Rathausbaus in den nächsten Wochen und Monaten auch tun.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich im Namen der SPD Fraktion bei der Spitze der Verwaltung, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort für die Zusammenarbeit in diesem Jahr herzlich bedanken. Ebenso danke ich allen, die mir heute Abend bei der kommunalpolitischen Erklärung zugehört haben.

Ottmar Pfitzenmaier
für die SPD-Fraktion
im Leonberger Gemeinderat.

